

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2017

31. Juli 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

in Stuttgart beginnt die parlamentarische Sommerpause. Für mich wie für viele Landtagsabgeordnete wird aber im Zentrum der nächsten Wochen die Unterstützung unserer Bundestagskandidaten stehen. Im Rahmen meiner Sommertour werde ich zahlreiche Wahlkreise besuchen und dort für die SPD und ihre Kandidaten werben. Auch hier im Wahlkreis wird schon intensiv Wahlkampf betrieben. Leni Breymaier als unsere Bundestags- und Spitzenkandidatin ist häufig anzutreffen und kommt mit den Menschen vor Ort ins Gespräch. Nutzt die Chance, sie zu treffen, und nehmt Freunde und Verwandte mit. Ihre Termine könnt Ihr auf ihrer Homepage <https://www.leni-breymaier.de/> finden.

Auch in den letzten Wochen hat sich hinsichtlich der Zerrissenheit der Regierungskoalition wenig geändert. Allerdings ist ein zunehmendes Erstarken von CDU-Positionen nicht zu übersehen. Mit der voreiligen Evaluierung will Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut (CDU) das Bildungszeitgesetz auf den Prüfstand und damit in Frage stellen. Das Bildungszeitgesetz wurde unter Federführung der SPD in der letzten Legislaturperiode festgeschrieben. Es ist ein wesentlicher Meilenstein für die berufliche Weiterbildung der Beschäftigten bei der Transformation der Arbeitswelt 4.0 und dient der Stärkung des Ehrenamts und der politischen Teilhabe. Die SPD wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften weiter für das Bildungszeitgesetz stark machen und damit die Positionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land stärken.

Absolut unverständlich ist, wie die Grünen eine Degradierung der verfassten Studierendenschaft zulassen können. Erst 2012 ließen sich Ministerpräsident Kretschmann und Wissenschaftsministerin Bauer

dafür feiern, die AStAs wieder eingeführt und ihnen ein politisches Mandat gegeben zu haben. Nun wollen sie es den Studierenden im Rahmen der jüngst vom Verfassungsgericht geforderten Novellierung des Landeshochschulgesetzes wieder entreißen. Damit findet eine Austrocknung der Mitbestimmung und Debattenkultur an unseren Hochschulen statt. Nach der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studenten ist das ein weiterer Schritt in eine vollkommen verkehrte Richtung, die als Ziel möglicherweise die Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren hat.

Ein weiteres zentrales Thema aktueller Landespolitik ist die Aufstellung der Eckpunkte für den nächsten Doppelhaushalt. Grün-Schwarz plant, weit über 2.000 neue Stellen zu schaffen. Das sind mehr als in den gesamten letzten zehn Jahren. Dieser überdimensionale Personalaufbau wird immense strukturelle Mehrkosten verursachen und unseren Landeshaushalt auf viele Jahrzehnte belasten. Anstatt die positive Haushaltslage zu nutzen und den Sanierungsstau bei Infrastruktur und Landesliegenschaften weiter abzubauen, wird ein solider Haushalt parteipolitischen Interessen geopfert.

Doch möchte ich mich nicht in die Sommerferien verabschieden, ohne auch die positiven Geschehnisse der letzten Zeit zu erwähnen. Im Bundestag wurde auf Antrag der SPD die „Ehe für alle“ mehrheitlich verabschiedet. Die vollständige rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare war längst überfällig. Mit der Ehe für alle feiern wir unsere freiheitliche Verfassung und stehen für Offenheit und Toleranz.

Last but not least: Wir sind UNESCO-Weltkulturerbe! Mit diesem Titel wurden die Höhlen der Eiszeitkunst im Ach- und Lonetal für ihre einzigartige kulturhistorische Bedeutung gewürdigt. Doch mit Würdigung allein ist es nicht getan, es braucht auch finanzielle Unterstützung. Dafür werde ich in Land, Bund und EU werben und habe mit Leni Breymaier und Martin Schulz schon Verbündete gefunden.

Ich wünsche Euch einen schönen und erholsamen Sommer und eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Evaluierung Polizeireform

Am 31.05. diskutierte der Landtag die von der SPD-Fraktion eingebrachte Große Anfrage zur Evaluierung der Polizeistrukturreform, die unter Grün-Rot in der letzten Legislaturperiode begonnen wurde. Der innenpolitische Sprecher der SPD, **Sascha Binder**, verweist auf die große Unruhe innerhalb der Polizei. Er glaubt, dass der Prozess Innenminister Strobl zu entgleisen drohe, da dieser den Zeitplan nicht einhalten könne und den Berechnungen im eigenen Haus nicht traue. Die Erhöhung der Anzahl der Polizeipräsidien hält Binder für rein politisch motiviertes Kirchturmdenken einiger CDU-Abgeordneter. Binder befürchtet, dass die Polizei zum Spielball der grün-schwarzen Koalition wird. Die Polizei selbst habe begründete Zweifel am breit angelegten Beteiligungsprozess, da die Ergebnisse der Evaluierung bereits im Vorfeld feststanden haben. Binder fordert von Innenminister Strobl, dass er sich freimacht von den politischen Manövern einzelner Abgeordneter in der CDU, dass er der Fachkompetenz seiner Polizeipräsidenten vertraut und dass er baldmöglichst offenlegt, bis wann ein Gesetzentwurf vorliegt und das Interessenbekundungsverfahren beginnt.

Zukunft LGVFG

Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag zur Zukunft des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) gestellt. Um diesem nicht zustimmen zu müssen, hatte die Landesregierung selbst einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, der am 21.06. in Zweiter Beratung diskutiert und verabschiedet wurde. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Martin Rivoir**, begründet die Zustimmung der SPD zur Novelle, weil sie insbesondere den kleineren Kommunen beim Ausbau des ÖPNV helfe. Trotzdem treibe ihn große Sorge um, weil bisher noch keinerlei Nachfolgeregelung für das 2019 auslaufende LGVFG getroffen wurde. Das zwingt Städte und Gemeinden zum Nichthandeln, denn ihnen fehle die Perspektive und Planungssicherheit. Geradezu schizophren findet Rivoir, dass die Landesregierung die Leute mit Fahrverboten einerseits in den ÖPNV zwingt, gleichzeitig aber dessen Ausbau „vertrödle“. Bisher bleibe es lediglich bei Ankündigungen und Mogelpackungen. Er fordert eine nachhaltige Stärkung des ÖPNV. Das Land müsse mehr Geld zur Verfügung stellen und nicht nur die bisherigen Mittel fortschreiben. Angesichts der positiven Haushaltslage fordert er 300 Millionen Euro ab 2020 mit der unter Grün-Rot eingeführten Aufteilung von 60 Prozent für den ÖPNV. Damit könne Baden-Württemberg zum Vorreiter öffentlicher Mobilität in Deutschland werden.

Vergütung Kindertagespflege

Die grün-schwarze Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Verbesserung der finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen der Kindertagespflege festgeschrieben. Passiert ist diesbezüglich noch nichts. Deswegen hat die SPD-Fraktion im Rahmen einer Mündlichen Anfrage in der Sitzung am 19.07. nachgehakt. **Daniel Born** vom SPD-Bildungsarbeitskreis wirft der Landesregierung Untätigkeit vor. Bisher könne keine Rede sein von angemessen vergüteter Bezahlung in der Kindertagespflege sein. Die Entlohnung entspreche nicht einmal dem Mindestlohn. Dies sei ein Armutszeugnis für das „Kinder- und Bildungsland Baden-Württemberg“. Städte- und Landkreistag würden einer Erhöhung des Stundenlohns um 50 Cent zustimmen, wenn das Land weitere 50 Cent beisteuert. Trotz bester Haushaltslage hat sich das Land dazu noch nicht geäußert. Kultusministerin Eisenmann (CDU) bekennt sich zwar zum Koalitionsvertrag, allerdings stehe man noch in Verhandlungen. Die nötigen 17 Millionen Euro, die für eine bessere Bezahlung der Tagespflegeeltern nötig wären, sind aber im nächsten Haushalt noch nicht eingestellt.

Verpflichtung Weltkulturerbe

Mit einer Aktuellen Debatte am 20.07. wirbt die SPD-Landtagsfraktion für Unterstützung für die von der UNESCO zum Weltkulturerbe ernannten Höhlen der Eiszeitkunst im Ach- und Lonetal. Landesregierung und Abgeordnete sollten dafür sensibilisiert werden, welche Verpflichtung dieser Titel mit sich bringt. Der Ulmer Abgeordnete **Martin Rivoir** lobte die Arbeit aller Akteure vor Ort und die Arbeit der Uni Tübingen und des Landesamts für Denkmalpflege, das den 900-seitigen Antrag verfasst hat. Kaum ein Antrag sei von der UNESCO-Kommission so schnell positiv beschieden worden. Nun fordert Rivoir, die kleinen Kommunen mit der Vermarktung des Welterbes nicht allein zu lassen. Diese haben bisher schon Großes geleistet, kommen nun aber schnell an ihre finanziellen Grenzen. Das Land habe bereits eine halbe Million Euro für die Vermarktung der Höhlen zur Verfügung gestellt. Das werde aber zukünftig nicht reichen. Auch müssten mehr Mittel für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung der Höhlen aufgebracht werden. Für angemessen hält Rivoir eine Summe von einer Million Euro, die im nächsten Haushalt dafür eingestellt werden müsse. Das Land stehe in der Verpflichtung, das Bewusstsein für dieses große national bedeutsame kulturhistorische Gut zu wahren und weiter zu stärken. Alle Fraktionen außer der AfD bekannten sich zu dieser Verpflichtung.

Mit Martin Schulz bei Gardena

Das Modellprojekt „verlängerte Werkbank“ der AWO Heidenheim bietet in Kooperation mit dem Jobcenter Langzeitarbeitslosen im Gardena-Werk Niederstotzingen die Chance auf eine Beschäftigung und den Wiedereinstieg ins Berufsleben. Gemeinsam mit den beiden SPD-Spitzenkandidaten, Martin Schulz im Bund und Leni Breymaier im Land, besuchte ich diese Maßnahme, denn die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in ein aktives Arbeitsleben liegt uns Sozialdemokraten traditionell am Herzen.



Schulz selbst habe in seinem Leben persönlich erfahren, was es heißt, keinen Job mehr zu haben. Schnell könne man dabei in eine soziale Abwärtsspirale geraten. Mit auf den Weg nahm der Kanzlerkandidat den Wunsch der Projektträger, dass es dringend notwendig sei, längerfristig geförderte Beschäftigungsmaßnahmen im sozialen Arbeitsmarkt zu installieren. Gerade für schwer vermittelbare und arbeitsmarktferne Langzeitarbeitslose reichten diese zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse nicht, betonte AWO-Geschäftsführerin Birgit Koepsel.



Fotos: Eidner SPD Baden-Württemberg

Nach dem Werksbesuch gab es noch einen kurzen Abstecher in den Archäopark Vogelherd in Niederstotzingen, der erst kurz zuvor zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannt worden war. Hier versprach der frühere EU-Parlamentspräsident, sich für finanzielle Unterstützung der Stadt Niederstotzingen im Bund und auf europäischer Ebene stark zu machen.

Kleiner Landesparteitag in Balingen



Am 22. Juli fand ein Kleiner Parteitag der SPD Baden-Württemberg in Balingen statt. Dieser sollte die Parteibasis im Vorfeld der Bundestagswahl enger einbinden. Dafür war im letzten Jahr extra die Parteisatzung geändert worden. 180 Delegierte trafen sich vor der Sommerpause, um Wahlprogramm und eingebrachte Anträge zu diskutieren. Spitzenkandidatin Leni Breymaier eröffnete gewohnt hoch motiviert die heiße Wahlkampfphase und drohte an, dass es im September kochen werde.



Bundesgeneralsekretär Hubertus Heil, der als Hauptredner geladen war, blieb leider auf dem Berliner Rollfeld stecken und war nur per Video zugeschaltet. Trotzdem war es ein enthusiastischer Parteitag, der einmal mehr gezeigt hat, wie sehr Kanzlerkandidat Martin Schulz von den Mitgliedern getragen wird.



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Neues Wohnkonzept im Haus Ugental



Um sein neues Projekt im alternativen Wohnquartier im „Dorf in der Stadt“ vorzustellen, lud Bauherr Michael Stocker mich und Oberbürgermeister Bernhard Ilg und Fachbereichsleiter Familie, Bildung und Sport Matthias Heisler zu einem Vorortbesuch ein. Als ausgesprochener Fachmann in der Altenpflege möchte der frühere Betreiber des Nattheimer Altenpflegeheims „Haus Regenbogen“ hier seine Vorstellungen von einem guten und selbstbestimmten Wohnen im Alter umsetzen und gleichzeitig mit dem im Gartengeschoss geplanten „ZeitRaum“ einen Quartierstreff mit vielfältige Möglichkeiten für ein soziales Miteinander anbieten. Das solle hauptsächlich durch ehrenamtliches Engagement für die Menschen im Haus Ugental sowie im Viertel und auch der gesamten Stadt gewährleistet werden. Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Handicap könnten hier ebenfalls eine sinnvolle Tätigkeit und somit den Einstieg in einen strukturierten Arbeitsalltag finden. Das Konzept braucht eine gesunde Portion Idealismus, erscheint mir aber durchaus gut durchdacht. In dieser familiären Atmosphäre kann die Selbstbestimmung im Alter gestärkt und die Angst vor Pflegeheimen genommen werden. Das Konzept geht weg von eingefahrenen Wegen und zeigt Pioniergeist

Tipp: Auf zur Radtour mit Leni!

Vom 13. bis 19. August wird Leni Breymaier auf Radtour durch ihren Wahlkreis Aalen-Heidenheim sein. Nutzt diese Chance und trifft Eure Spitzenkandidatin oder begleitet sie ein Stück.



Steiff-Teddy für Bundespräsidenten

Geplant war der Besuch bei Steiff bereits seit längerem, als sich herausstellte, dass just an diesem Tag Frank-Walter Steinmeier zum Antrittsbesuch nach Stuttgart kommen sollte. Der Termin in Giengen wurde kurzerhand nach hinten verschoben und die Firma Steiff bot mir spontan an, dem Bundespräsidenten einen plüschigen Gruß aus meinem Wahlkreis mitzugeben. Den Steiff-Teddy mit persönlicher Widmung nahm das Staatsoberhaupt gerne entgegen und versprach ihm einen guten Platz im Schloss Bellevue.



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Vom Treffen mit dem Bundespräsidenten fuhr ich direkt zur Firma Steiff und machte mit den Jusos und einigen Mitgliedern des Kreisverbands eine Tour durch die Produktion und das Museum des Gienger Traditionsbetriebs. Dabei konnte ich mich umgehend mit einem Foto der Bärenübergabe bei Geschäftsführer Daniel Barth und Museumsleiterin Simone Pürckhauer bedanken.



Foto: Wahlkreisbüro

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
Redaktion: Danjela Folberth
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42
E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
Internet: www.andreas-stoch.de